

Wo ist die Wissenschaft Stiefkind?

Kürzlich fand im Industriegebiet Leuna-Werk „Walter Ulbricht“ eine große Konferenz statt, die der chemischen Industrie und damit auch der Wissenschaft von der DDR gewaltige Aufgaben stellte. Die Konferenz war von großer Bedeutung für die Verwirklichung der ökonomischen Hauptaufgabe, wie sie der V. Parteitag gestellt hat, Westdeutschland im Pro-Kopf-Verbrauch an den wichtigsten Lebensmitteln und Konsumgütern einzuholen und zu übertreffen. Sie zeigte aber auch von neuem, welche entscheidende Rolle unser Arbeiter- und Bauern-Staat der Wissenschaft beim Aufbau des Sozialismus zuzählt.

Walter Ulbricht sagte u. a. in seinem Referat:

„Wir sollten... mit mehr Mut und Kühnheit unsere junge Intelligenz an den Brennpunkten einsetzen, die zur Bewältigung solcher großen und komplizierten Aufgaben, wie sie uns das Chemieprogramm stellt, in großer Anzahl vorhanden sind. Der goldene Fonds, der uns in Gestalt der jungen Intelligenz heranwächst, bedarf unserer ganzen Aufmerksamkeit und Fürsorge, der Vermittlung aller unserer Erfahrungen, denn es sind die Bausteine von morgen, die unser Werk vollenden sollen.“

In diesen Worten spiegelt sich das Verhältnis wider, das unser Staat zur Wissenschaft und zur Intelligenz besitzt. Außerdem kam auf der Chemiekonferenz schon in ihrem Leitpruch zum Ausdruck, welchen Zielen die Wissenschaft in der DDR dient: „Chemie gibt Brot, Wohlstand und Schönheit“.

Auch in Westdeutschland wurde in den letzten Jahren viel darüber diskutiert, was die Wissenschaft von Staat erwartet und in welcher Weise er Wissenschaft, Forschung und Lehre zu unterstützen gedenkt. Schon die Tatsache, daß sich immer mehr Wissenschaftler an die Öffentlichkeit wandten und die mangelnde Förderung der Wissenschaft durch den Bonner Staat beklagten, ist bezeichnend genug. Bei uns ist die großzügige staatliche Förderung der Wissenschaft schon fast zur Selbstverständlichkeit geworden.

Die Bonner Regierung denkt nicht daran, der friedlichen, dem Fortschritt dienenden Wissenschaft zu neuer Blüte zu verhelfen. Sie hat ganz andere Pläne. Da konnte man im Dezember 1957 im Kommuniqué der Pariser NATO-Konferenz, an der Westdeutschland teilgenommen hat, folgende interessanten Sätze lesen:

„Für die Verteidigungsproduktion haben wir angesichts der bereits erzielten Fortschritte beschlossen, weitere Maßnahmen innerhalb der NATO zu treffen, die eine Koordinierung in der Forschung, Entwicklung und Herstellung von modernen Waffen einschließlich ballistischer Geschosse von mittlerer Reichweite fördern.“ („Die Welt“, 20. 12. 57.)

Das also ist die Perspektive der Wissenschaft im Westzonenstaat. Die „Deutsche Forschungsgemeinschaft“, ein Gremium, das sich die westdeutschen Monopole geschaffen haben, um Einfluß auf die wissenschaftliche Forschung zu erlangen, kündigte bereits in ihrem Jahresbericht 1957 an, daß westdeutsche Forschungsinstitute, Aufträge des Bonner Kriegsministeriums, erhalten sollen.



Zeichnung: Horst Schröder, Wochenpost

Das Ministerium des „eisernen“ Franz Josef Strauß hat dafür 1958 772 Millionen DM bereitgestellt. Kein anderer als der Westberliner „Kultur“-Senator Tiburtius, unzweifelhaft bekannt wegen seiner rigorosen Austrittsverbote für Künstler aus dem sozialistischen Lager, muß in der Zeitung „Die Welt“ vom 25. Januar 1958 zugeben, daß sich die westdeutschen Hochschulen mit einem „vegetativen Dasein“ begnügen müssen. (Faksimile links unten.)

Während Wissenschaft und Forschung für Kriegs- und Rüstungszwecke forciert werden, bleibt trotz vieler schöner Reden die Misere der Universitäten und Hochschulen in Westdeutschland eine Tatsache.

Das wird hundertfach bewiesen durch Äußerungen in westdeutschen Zeitungen zu diesem Problem. Der „Hochschuldienst“ Bonn 2/57, schrieb z. B. über die Lage der Studenten:

„Die breite Masse unserer Studenten quält sich mühsam durch die lange Ausbildungszeit hindurch und versucht, die Lücken in ihrem Etat auch weiterhin durch den Verdienst aus Werkarbeit zu füllen. Hierunter leidet nicht nur das Studium selbst, sondern vor allem auch die gesundheitliche Substanz der jungen Menschen und nicht zuletzt die Gesamtheit unseres Volkes... Das Wirtschaftswunder ist am deutschen Studenten vorbeigegangen.“

Die „Welt der Arbeit“, das Organ des DGB, schrieb über die Maßnahmen der Bundesregierung in Nr. 8/57:

WELT DER ARBEIT

Studenten drohen mit Streik

Was die Bundesregierung jedoch an Mitteln versah, das reicht gerade um 23 vH der Studierenden zu fördern. Vergleiche mit den westlichen Nachbarländern lassen die Natur der Verfügung gefühllos erscheinen. 2 Millionen DM als kärglich erachteten. Vergleiche mit der Studentenförderung in der Sowjetzone und den Ostblockstaaten ergeben einen noch krasserem Unterschied.

Weiter heißt, es in der gleichen Zeitung:

„Noch immer finanzieren nach den Ermittlungen des Verbandes Deutscher Studentenschaften 45 v. H. aller Studenten ausschließlich und 75 v. H. teilweise ihr Studium durch Werkarbeit.“

Auf Grund zahlreicher Proteste — viele Studenten drohen bereits mit Streik — sah sich die Adenauer-Regierung veranlaßt, sich mit der Lage der Studenten zu befassen. Das war im Sommer 1957, als die Bundestagswahlen bevorstanden. Man brauchte etwas zum Renommieren. 120 Millionen D-Mark sollten jährlich für Studienförderung bereitgestellt werden. Nach endlosen Debatten wurde das sogenannte „Honorer Modell“ beschlossen, das eine Summe von 30 Millionen D-Mark aus Haushaltsmitteln für das Deutsche Studentenwerk vorsieht — also nur 25 Prozent der ursprünglich veranschlagten Summe. Dazu wurde ein raffiniertes System der „Begabtenauslese“ ausgearbeitet.

Anders ausgedrückt heißt das: Wer seine „Umwelt“, also die Atombombenpolitik der Bonner Regierung, nicht mehr versteht oder sich gar dagegen auflehnt, kann sich nicht „mit eigenem Urteil im politischen Bereich zurechtfinden“ und ist deshalb nicht förderungswürdig! Wer dennoch diese Hürden der Begabtenauslese überspringen hat, muß sich dann noch vom Innenministerium des SA-Mannes Schröder sagen lassen, man müsse verhindern, daß „mit diesen Geldern der Wohlfahrtsstaat in die Hochschule hineingetragen werde“.

Die Maßnahmen im Rahmen des „Honorer Modells“ haben absolut nichts geändert.

Das beweisen westliche Pressestimmen der letzten Tage. So schrieb die „Coburger Neue Presse“ am 1. November 1958, daß Parkbänke, Hauseingänge und Heizungskeller für unzählige westdeutsche Studenten die einzige Schlafgelegenheit seien. Die Hamburger „Welt“

schrieb am gleichen Tage, daß ein Student für ein schlecht möbliertes Zimmer von 11 Quadratmetern ohne Heizgelegenheit mit Licht und Reinigung 170 D-Mark monatlich zahlen muß. Der Westberliner „Kurier“ schrieb am 25. Oktober 1958, daß viele Studentinnen von ihren Unternehmern Hausdienste verlangen, wie Ausführen des Hundes, Pflege des Gartens, Bedienung der Heizungsanlage des Hauses u. a.

Die Stellung Bonn gegenüber der Wissenschaft wird aber nicht nur durch diese Vernachlässigung der materiellen Förderung gekennzeichnet. In Bonn arbeitet man direkt darauf hin, die Wissenschaft für seine Pläne einzuspannen. Das wurde oben bereits am NATO-Kommuniqué und der Äußerung von Tiburtius nachgewiesen. Unmittelbar vor den letzten Bundestagswahlen wurde in Bonn mit großem Propagandaaufwand ein Verwaltungsabkommen bekanntgegeben, das die Gründung eines sogenannten Wissenschaftsrates vorsieht. Dies geschah als unmittelbare Reaktion auf die Bildung des Forschungsrates in der DDR, der aus hervorragenden Forschern besteht und in dem die Wissenschaftler zum ersten Mal in Deutschland selbst über die wissenschaftliche Entwicklung bestimmen.

Die Bildung des Wissenschaftsrates in Westdeutschland sollte den Eindruck erwecken, als ob Bonn den Wissenschaftlern damit eine Art Selbstverwaltungsorgan in Fragen der Wissenschaft geschaffen hätte. In Wirklichkeit war das Ganze nur eines der vielen Wahlmanöver Adenauers. Zudem zeigt sich ein engerer Betrachtung, daß mit dem Wissenschaftsrat bezweckt ist, vor allem die Rüstungsforschung zu vereinheitlichen und durch die Regierung zu lenken.

Das wird schon in der Zusammensetzung des Wissenschaftsrates deutlich. Von den 39 Mitgliedern wurden 22 vom Bundespräsidenten berufen, die Bundesregierung entsandte sechs, und die Länderregierungen elf Mitglieder, wobei die sechs Vertreter der Bundesregierung über elf Stimmen verfügen, während alle übrigen Mitglieder nur eine Stimme besitzen. Die Hälfte aller Stimmen in diesem sogenannten Wissenschaftsrat gehören also nicht Wissenschaftlern, sondern Regierungsvertretern!

Die Münchener Zeitschrift „Die Kultur“ (1/58) schreibt dazu treffend:

„Es ist klar, daß eine Forschungsförderung mit Bundesmitteln wenigstens stillschweigend solche Vorhaben mit einschließt, die der Bund wünscht; also auch Rüstungsforschung usw. Wieweil Geld für die geisteswissenschaftlichen Fächer in dieser Lage bleibt, muß man abwarten. Einen Vorrang haben sie nach der Besetzung des Wissenschaftsrates ohnehin nicht.“

Man darf auch nicht vergessen, daß in letzter Zeit immer mehr frühere Nazideologen wieder Lehrstühle an westdeutschen Universitäten und Hochschulen innehaben. So erhielt z. B. der Staatssekretär Prof. Dr. Ernst Rudolf Huber — unter Hitler Ordinarius an der Leipziger Universität — eine Berufung an die Hochschule für Sozialwissenschaft in Wilhelmshaven. Er verherrlichte Hitler und zollte ihm höchstes Lob für die Beseitigung der parlamentarischen Formen der Weimarer Republik sowie der gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter. Fürwahr — ein „Wissenschaftler“, wie ihn sich Adenauer und sein Schröder nicht besser wünschen können! Das Beispiel Huber steht hier für viele.

Auf der anderen Seite verschärft sich der Terror gegen fortschrittliche Wissenschaftler von Tag zu Tag. Schon fördert der „Rheinische Merkur“ — Adenauers Leiborgan — die Vertreibung Prof. Hagemanns aus der Universität Münster. Also die Parole lautet: Raus mit den Demokraten aus den Universitäten! Hierin mit den Nazis!

Jeder ehrliche Wissenschaftler wird an diesen unwiderrlegbaren Tatsachen erkennen, wo die Heimat der echten deutschen Wissenschaft ist: In der Deutschen Demokratischen Republik. Er wird jenes barbarische, menschenfeindliche System hasen, das den Wissenschaftler niederdrückt und ihn zum Handlanger der Kriegstreiber machen will. Er wird Partei ergreifen für unseren Staat, wo die Wissenschaft sich frei entfalten kann zum Wohle des Volkes.

Werner Claus

Sie kandidieren für den Bezirkstag Leipzig

Prof. Dr. Lothar Mosler (SED), Direktor des Franz-Mehring-Instituts

„Der V. Parteitag der SED hat uns allen die Aufgabe gestellt, Westdeutschland im Pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung einzuholen und zu übertreffen. Diese große Aufgabe ist nicht nur den Betrieben gestellt, sie erfordert auch eine wesentliche Verbesserung der Arbeit an den Universitäten und Hochschulen. Es kommt darauf an, unsere Studenten mit dem besten fachlichen Wissen auszurüsten und sie gleichzeitig zu glühenden Verfechtern der Sache des Friedens und des Sozialismus zu erziehen, zu guten Fachleuten und überzeugten Verfechtern unserer Arbeiter- und Bauern-Macht. Auf dieses hohe Ziel sollten die gemeinsamen Anstrengungen aller Hochschullehrer gerichtet werden, damit werden auch die Aufgaben der sozialistischen Umgestaltung der Hochschulen gelöst. Für den Fall meiner Wahl in den Bezirkstag werde ich meine Kraft vor allem für die Lösung dieser Aufgabe einsetzen.“

Unser Kollege wird die Interessen der Werktätigen vertreten

Wir Angestellten des Franz-Mehring-Instituts haben mit Freude davon Kenntnis genommen, daß unser Institutsdirektor, Genosse Professor Dr. Mosler, trotz seiner umfangreichen fachlichen und gesellschaftlichen Arbeit nun auch noch die Kandidatur für den Bezirkstag des Bezirkes Leipzig angenommen hat.

Wir glauben, daß er auf Grund der gesammelten Erfahrungen in der Lage ist, die Interessen der Werktätigen unseres Bezirkes würdig zu vertreten. Wir wünschen ihm den denkbar besten Erfolg bei seiner kommenden Tätigkeit. Die Angestellten des Franz-Mehring-Instituts

Dr. Renate Drucker (LDPD), Universitätsarchivarin

„Falls ich als Abgeordnete gewählt werde, soll ich mitverantwortlich für den Stadtbezirk West sein. Natürlich habe ich ein spezielles Gebiet, auf dem ich gern arbeiten würde. Doch aus Kadernmangel meiner Partei kann es nicht nach meinen Wünschen gehen. Ich werde dort arbeiten und meinen Abgeordnetenpflichten nachkommen, wo ich gebraucht werde. Meine Aufgabe sehe ich in der Arbeit mit dem Mittelstand. Dazu habe ich bereits eine Aufgabe übernommen, nämlich mitzuhelfen bei der Gründung eines Klubs für die Intelligenz im Stadtbezirk West. Ich werde keine Mühe scheuen, meinen Pflichten als Abgeordnete des Bezirkstages gerecht zu werden.“



Prof. Dr. Kurt Wiesner (CDU), Theologische Fakultät

„Wenn ich als Kandidat für den Bezirkstag gewählt werde, möchte ich in der Kommission Kulturfragen mitarbeiten. Ich meine, daß auch für die christliche Bevölkerung die moderne, vom Sozialismus geprägte Kultur, wie sie in unserer Republik angestrebt wird, von großer Bedeutung ist. Die Kulturarbeit ist nur deswegen ein besonderes Anliegen, weil ich vor meinem Theologiestudium selbst als Musiker tätig war, und besonders weil ich mich — auch heute noch — besonders für literarische Fragen interessiere.“

Christliche Bevölkerung für schöpferische Mitarbeit gewinnen

Die Kandidatur von Prof. Dr. Kurt Wiesner für den Bezirkstag Leipzig wird von mir begrüßt. Es ist erfreulich, daß die Theologische Fakultät der Karl-Marx-Universität, künftig zwei Professoren als Vollvertreter in unseren demokratischen Körperschaften haben wird; neben Prof. Dr. Leopold, dem verdienstvollen Volkskammerabgeordneten, nun auch Prof. Dr. Wiesner. Gerade auf der Ebene des Bezirkstages warte eine Fülle von Aufgaben, die im Sinne eines wachsenden Vertrauensverhältnisses zwischen Kirche und Staat gelöst werden müssen. Die Arbeit der Prof. Dr. Wiesner als Bedachter von „Glaube und Wissen“ in der Friedensbewegung und nicht zuletzt im Nationalrat der Nationalen Front geleistet hat, läßt deutlich erkennen, daß seine künftige Tätigkeit im Bezirkstag davon besetzt sein wird, die christliche Bevölkerung unseres Bezirkes zu schöpferischer und verantwortlicher Mitarbeit an unserem gesellschaftlichen Leben zu gewinnen

und eben dadurch ihr Anliegen vertreten zu helfen. Schaut man zurück auf die Magdeburger Tagung Ende Oktober, wo Prof. Dr. Wiesner das Hauptreferat hielt und an der außerdem noch drei Theologieprofessoren aus Leipzig teilnahmen (Prof. D. Fuchs, Prof. D. Hepp, Prof. Dr. Christoph Haufe), so wird man nur froh sein können, daß auch diese Bemühungen Prof. Dr. Wiesners die Christen zu ihrer staatsbürgerlichen Verantwortung aufzurufen und sie in das sozialistische Aufbauwerk vollständig einzubeziehen, sich nunmehr auch im Rahmen seiner künftigen Vertretungsfunktion im Bezirkstag auswirken werden.

Die Karl-Marx-Universität zu Leipzig wird diesen Dienst ihrer Theologischen Fakultät, der auch in dem reichen Wirken von Prof. D. Emil Fuchs in seinem Einsatz für Frieden und sozialistische Gesellschaftererneuerung zum Ausdruck kommt, zu schätzen wissen.

cand. theol. Kurt Meier, Aspirant

Prof. Dr. Johannes Jahn (LDPD), Direktor des Kunsthistorischen Instituts

Ich kann nur sagen, daß das von mir geleitete Institut und ich selbst von der Regierung der DDR jede gewünschte Unterstützung erfahren haben. Ich bin davon überzeugt, daß dies in solchem Umfang nur in einem Staat wie dem unseren möglich war und in Zukunft möglich sein wird.“

Durch noch größere Einsatzfreudigkeit nachzueifern!

Als Assistentin des Kunsthistorischen Instituts bin ich besonders stolz darauf, daß unser Institutsdirektor, Herr Professor Dr. Jahn, für den Bezirkstag kandidiert. Wir alle, seine Studenten, Angestellten und wissenschaftlichen Mitarbeiter, verehren in ihm einen Wissenschaftler, dessen Wirken weit über die Grenzen unseres Vaterlandes bekannt ist. Herr Prof. Dr. Jahn hat sein Wissen in uneigennützigster Weise nicht nur den ihm zur Ausbildung anvertrauten Studenten und Aspiranten, sondern auch in vielen Vorträgen und Veröffentlichungen einem breiten Publikum vermittelt. Daß Herr Professor Dr. Jahn trotz der Mannigfaltigkeit seiner Aufgaben und der Vielzahl seiner Verpflichtungen für den Bezirkstag kandidiert, ist für uns seine Mitarbeit und Studenten, großer Ansporn, ihn nicht nur in fachlicher, sondern auch in gesellschaftlicher Hinsicht durch noch größeren Einsatzfreudigkeit nachzueifern.

Margdalena George, wissenschaftliche Assistentin

Unseren Kandidaten unser Vertrauen und unsere Stimme!

DIE WELT

Der Bund fördert bisher nur solche Institute in größerem Umfang, an deren Forschungsergebnissen er unmittelbar interessiert ist. Auch die Forschungsgemeinschaft unterstützt überwiegend Forschungsvorhaben von besonderem Range, während sich die Hoch- und Fachschulen mit einem vegetativen Dasein begnügen müssen.